



im Bezirkstag Pfalz

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/93845

Mobil: 0159 01038312

Mail: brigitte@freihold-windsberg.de

Reden auf der Bezirkstagssitzung am 15. Juli 2016

Rede zum Haushaltegenehmigungsverfahren der ADD

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hat den Ergebnishaushalt 2016 beanstandet, und insbesondere für die Verausgabung der nach § 2 der HH-Satzung festgesetzten Investitionskredite in Höhe von ca 1,9 Mio € keine Genehmigung erteilt. Das laufende Haushaltsjahr ist bereits zu mehr als der Hälfte abgelaufen und die geplanten Ausgaben und Einnahmen des Haushaltsplans 2016 stehen damit noch immer unter Vorbehalt.

Es muss die Frage gestellt werden, was eigentlich konkret passieren würde, sollte der Haushalt 2016 nicht doch noch von der ADD genehmigt werden. Müssten die Beschäftigten dann ihre Löhne und Gehälter zurück überweisen? Müssten Bauaufträge storniert, bereits beauftragte Naturparkprojekte abgebrochen werden oder die LUFA in Speyer ihren Betrieb einstellen? Soll das Pfalztheater die Spielsaison schon im Sommer beenden und die Pfalzgalerie einen Sommerschlussverkauf ihrer Kunstwerke veranstalten? Immerhin wurde ja von der ADD schon die Verausgabung der Mittel für das Historische Museum der Pfalz infrage gestellt.

Die Aufsichts- und Kontrollbehörde des Landes wiederholt das Credo gebetsmühlenartig: Sparen, sparen, sparen!

Nun ist selbstverständlich nichts gegen eine wirtschaftliche und angemessen sparsame Haushaltsführung einzuwenden.

Doch das Beispiel des Historischen Museums macht deutlich: Hier gibt es auch keine Denkverbote bei Maßnahmen, die sowohl für die Einrichtungen als auch für die dort ihren Lebensunterhalt verdienenden Menschen existentiell sind.

Zynisch in dem Zusammenhang fast schon der Hinweis auf den Anteil der Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 70% der laufenden Aufwendungen aus

Verwaltungstätigkeit, der sich besonders zur „Eruierung möglicher Konsolidierungspotentiale“ eignet.

Hier zeigt sich in gewisser Weise die Schizophrenie – oder sollte ich sagen: Infamie der Landespolitik in Rheinland-Pfalz: Einerseits wird das Konnexitätsausführungsgesetz nicht bedarfsgerecht angewendet, was nichts anderes bedeutet, als dass nicht alle Kosten erstattet werden. Andererseits verhängt die ADD Sanktionen für defizitäre Haushalte.

Oder ist das Schreiben der ADD nur als Schuss vor den Bug zu werten, als Rundumschlag nach dem Motto, man wird schon einen Schuldigen treffen? Ich meine: Es offenbart das ganze Ausmaß des Dilemmas, in dem alle öffentlichen Haushalte stehen. Und es offenbart das unter diesen Bedingungen unlösbare Spannungsverhältnis zwischen der kommunalen Selbstverwaltung einerseits und der Theorie des Haushaltsrechts, die längst schon keinen Bezug zur Wirklichkeit mehr hat.

Wir alle wollen gute Bildung und Ausbildung, wir wollen Kultur, wir wollen Forschung, wir wollen Natur- und Artenschutz und wir wollen eine gute psychiatrische Gesundheitsvorsorge in Rheinland-Pfalz. Ich gehe mal davon aus, wenn Sie Frau Hermann von der ADD oder die Landesregierung danach fragen, werden alle Angesprochenen dies auch wollen.

Wer dies alles will, muss endlich die alles entscheidende Frage beantworten, wie die öffentliche Daseinsvorsorge – und in diesem Spektrum bewegen wir uns im Bezirksverband – zukünftig finanziert werden soll und zwar auskömmlich. Dann blieben uns Schreiben wie das von Frau Hermann nämlich erspart. Die Antwort ist denkbar einfach: Man muss das Geld dort holen, wo es ist: An der Erhöhung von Steuern für Gut-, -Besser- und Sehr-Gut-Verdiener führt kein Weg vorbei.

Ich möchte dies am Beispiel Kultur deutlich machen, weil es am anschaulichsten und leichtesten nachvollziehbar ist. Kultur, gleich ob Theater, Konzert oder bildende Kunst, ist haushälterisch betrachtet bis auf wenige, meistens kommerzielle Ausnahmen, ein Zuschussbetrieb. In der Regel eine steuerfinanzierte, freiwillige Leistung der Kommunen und Länder.

Wenn es nun so ist, dass die Steuereinnahmen eines Landes zu gering sind, um Pflichtaufgaben und freiwillige Ausgaben bedarfsgerecht zu finanzieren, kann man entweder die freiwilligen Kulturleistungen – in unserem Beispiel das Pfalztheater oder das Historische Museum abschaffen, oder – und das möchten die Wenigsten zur Kenntnis nehmen – die Steuereinnahmen so erhöhen, dass sie auch für die freiwilligen Leistungen reichen, die wir alle wollen, zumindest mit Lippenbekenntnissen und Sonntagsreden. Mit Frau Hermanns andauerndem Appell an die Steigerung der Leistungsfähigkeit ist dieser Grundproblematik jedenfalls nicht beizukommen.

Das beste Beispiel sind die in Deutschland höchstverschuldeten Kommunen in Rheinland-Pfalz, denen das ständige Bemühen um Steigerung der

Leistungsfähigkeit, Sparsbemühungen in allen Haushaltsbereichen plus die Teilnahme am KEF auch nicht die Konsolidierung ihrer Haushalte gebracht hat!

An dem Schreiben von Vizepräsidentin Herrmann ist aber noch etwas anders bemerkenswert, um nicht zu sagen bedenklich: Vorausgesetzt, die Gegenargumente von Herrn Wieder sind zutreffend, wovon ich ausgehen muss, offenbart dies Auffassungen der ADD, die entweder einer gewissen Inkompetenz oder der Absicht geschuldet sein müssen, die Problematik der defizitären Haushalte nach unten weiterzureichen wie den Schwarzen Peter.

Bei aller Kritik an der Finanzpolitik des Landes sollte nicht der Blick aufs Hausgemachte im Haushalt des Bezirksverbandes fehlen:

Bereits in meiner letzten Haushaltrede habe ich darauf hingewiesen, dass das Eigenkapital des Bezirksverbandes von Jahr zu Jahr weniger und bei gleichbleibender Tendenz in 8 Jahren aufgebraucht sein wird. Die zukünftige Entwicklung der Pfalzwerke-Dividenden wird wohl weiterhin eher bescheiden ausfallen. Die Ursachen sollen nicht Gegenstand dieser Überlegungen sein. Lediglich über eine Rekommunalisierung der Pfalzwerke sollte in dem Zusammenhang nochmals nachgedacht werden, um die erwirtschafteten Gewinne für eigene Zwecke zu nutzen, evtl zur Bildung neuer Kapitalreserven, statt sie an private Anteilseigner abzuführen.

Letztendlich muss der Bezirksverband wohl oder übel versuchen, die eigenen Einnahmen zu erhöhen, wenn die Argumentation des ADD entkräftet werden soll, der Bezirksverband würde nur ungenügende Anstrengungen unternehmen, den Haushalt zu konsolidieren. Da der Bezirksverband über keine eigenen Steuereinnahmen verfügt, bleibt neben konsequenten Verhandlungen mit dem Land über eine auskömmliche Finanzierung nur die Verbandsumlage. Sie wurde seit 20 Jahren nicht erhöht und bei allem Verständnis für die hochdefizitären verbandsangehörigen Kommunen, wäre nun doch der Zeitpunkt gekommen, über eine sehr moderate Erhöhung nachzudenken. Gerade die Tatsache, dass einige Kommunen gerade dabei sind, ihre „Verlustbringer“ an den Bezirksverband weiterzugeben bzw Fördermittel zu erhalten, könnte als Argumentationshilfe dienen.

Die LINKE hat in der letzten Bezirkstagssitzung dem Haushalt 2016 nicht die Zustimmung erteilen können.

Ich teile die Auffassung unseres Vorsitzenden Herrn Wieder, dass die Rahmenbedingungen keinen vollständigen Haushaltsausgleich des Ergebnishaushaltes im Jahr 2016 zulassen.

Doch für die Folgejahre sollte es erneute Anstrengungen, u. a. im Sinne der hier vorgetragenen Vorschläge geben. Insbesondere der Weg der Finanzverhandlungen mit dem Land Rheinlad-Pfalz muss konsequent und mit der nötigen Stringenz gegangen werden.

Aus diesem Grund ist der Beschlussvorschlag des Vorsitzenden Herrn Wieder nicht tragbar: Aussagen über die Haushalte der folgenden Jahre sind Kaffeesatzlesereien.

Da dieser Passus nicht geändert wird, kann ich auch hier nicht zustimmen.

Hambacher Schloss, 15. Juli 2016

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz